

7. Sitzung des 27. Studierendenparlamentes am 15.01.2020
Beginn: 18:55 Uhr – Hörsaal 3038, Hauptgebäude Unter den Linden 6
Ende: 21:10 Uhr

Abstimmungsergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen (/ Ungültige)

Abkürzungen der Listennamen, so weit diese nicht selbst von der Liste verwendet werden (z.B. Jusos): AG – Autonome Geos; autoalk - the autonome alkoholiker*innen.Die Liste; Eu3T - Ewig und 3 Tage; FELL - F-Emanzipatorische Liste; LiLi - Linke Liste; Grünboldt – Grünboldt – Grün Alternative Liste; LGV – LinksGrünVersifft; LuSt - Liste unabhängiger Studierender; NR - Nap Rooms in der Bibliothek; OLKS Offene Liste kritischer Studierender; PoS - Power of Science; q_f - queer_feministische LGBTIQ Liste; SchwuLis - Schwule Liste; SDS - Die Linke.SDS

Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a6251>

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

Das Präsidium begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.2 Beschluss der Tagesordnung

Bengt (Jusos) beantragt, die Tagesordnung um einen Antrag als Initiativantrag zu erweitern.

Begründung durch Aktualität der darin behandelten Ereignisse.

David (RCDS) plädiert auf Ablehnung, da die Tagesordnung schon sehr lang sei.

Abstimmung: viele/2/2

- So vorliegende Tagesordnung per Akklamation angenommen. -

2. Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2019

Berichte des Refrats werden nachgetragen.

Es gibt keine Änderungswünsche.

- Protokoll per Akklamation angenommen. -

3. Mitteilungen und Berichte

3.1 Präsidium

Feline (Präsidium) keine aktuellen Berichte, außer dass sich die Anzahl der Mandatsträger*innen des Stupas um drei, vermindert da diesen das Mandat entzogen wurde.

3.2 RefRat

Berichte werden mündlich vorgetragen.

Lehre und Studium:

- Beratung, Einklage, Musterverfahren, Redebeitrag VV, VV FFF, Forstzungsfeststellungsverfahren,

3.3 weitere Berichte

keine weiteren Berichte

4. Wahlen und Bestätigungen

4.1 Refrat für Finanzen

Max und Larissa stellen sich vor. Beide hätten bereits Erfahrung und würden die Arbeit gerne fortführen.

Joao (LuSt) freut sich, wenn die beiden seine Nachfolge bilden könnten und bestätigt die bisherige gute Arbeit. Es handle sich um eine Wahl für Haupt- und Co-Referat.

Max (Haupt)

29/2/2/1 abgegebene Stimmen.

Larissa (Co)

31/1/1/1

Die Kandidierenden nehmen die Wahl an.

Wortbeiträge von Bafta (OLKS), Helge (autoalk), Jule (LuSt-Referat/LiLi) zum Ende der Amtszeit von Joao: Es geht eine Ära zu ende. Der RefRat bedankt sich für Joaos stetiges Engagement und seine geduldige Art und Weise.

Olaf trägt ein Gedicht vor (diesem Protokoll als Anlage beigefügt).

Joao bedankt sich für die lieben Worte.

4.2 Referat für queer_Feminismus

Das Referat für queer_Feminismus ist ein autonomes Referat.

Lea stellt sich vor und betont, dass sie sich auf die Referatszeit freut, und darauf, Infoveranstaltungen zu organisieren.

Abstimmungsergebnis: Viele/0/1

4.3 RefRat Sprecher_innen

Kristin und Mowa stellen sich als RefRat-Sprecher*innen zur Wahl.

Bafta (HoPo) als ehemalige RefRatsprecherin würde sich freuen, das Amt an die beiden Kandidierenden zu übergeben. Diese seien schon im ReRratplenum gewählt worden. Es folgt eine Erklärung des Amtes. Die RefRatSprecher_innen sind formal für den RefRat

unterschriftsberechtigt.

David (RCDS) stellt die Nachfrage, ob die Kandidierenden die Aufgabe des Amtes als selbsterklärend empfinden und wie Sie sich die Interaktion mit dem Stupa vorstellen.

Kristin antwortet, dass die Aufgabe selbsterklärend sei und die Interaktion mit dem Stupa wie bisher statfinde. Das Amt sei aus formalen Gründen notwendig.

Abstimmung: Viele/0/1

Kristin und Mowa sind damit als RefRat-Sprecher*innen bestätigt.

5. Anträge

5.1 Referat für Lehre und Studium: finanzielle Unterstützung für Musterverfahren

Jule (LiLi) stellt den Antrag vor. Das Prüfungsamt nehme seine Mitwirkungspflicht bei der Anrechnung von Leistungen nicht wahr. Verschiedene Diskriminierungen. Formal spreche nichts gegen die vorläufige Zulassung zum Master. Es werden 3500 Euro beantragt, um die Zulassung durchzusetzen. Es gäbe demnächst ein Gespräch mit der Frauenbeauftragten. Möglicherweise komme es nicht zum Gerichtsverfahren.

Abstimmung: Viele/0/0

Antrag angenommen.

Zum Durchführen eines Musterverfahrens gegen die unrechtmäßige Ablehnung eines Antrags auf vorläufige Zulassung zum Master werden bis zu 3.500 € aus den Geldern des Studierendenparlamentes für Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren gewährt.

5.2 historische Kommission des StuPa der HU Berlin: Rechenschaftsbericht u.

Einrichtungsverlängerung

Bernd (Humboldt-Initiative) stellt die Situation vor. Es gebe personelle Überlappung mit der historischen Kommission. Möchten Bestätigung als Initiative haben. Es gibt keine Fragen.

Abstimmung:

Viele/0/0

Antrag angenommen.

1. *Das StudentInnenparlament nimmt den Rechenschaftsbericht seiner Historischen Kommission zur Kenntnis.*
2. *Der Auftrag der Kommission wird erneuert und wie folgt präzisiert*
 - a. *die Umsetzung der 2016 vorgelegten Konzeption für eine Dauerausstellung in der Juristischen Fakultät zur Bücherverbrennung von 1933 soll an dem bestehenden Ort des Gedenkens weiterbetrieben, insbesondere die hierfür notwendigen Absprachen mit der Juristischen Fakultät und der Universitätsleitung getroffen, die erforderlichen Beschlussfassungen bewirkt und die inhaltlichen Vorarbeiten geleistet werden,*

- b. *die Erinnerungsarbeit an den antifaschistischen Widerstandskampf ist durch geeignete Publikationen, Gedenktafeln, Ehrungen und Veranstaltungen weiter zu unterstützen,*
- c. *die Archivierung, Dokumentation und Aufbereitung der von ihr im Laufe der Jahre erarbeiteten Zwischenergebnisse mit dem Ziel einer Popularisierung und Nutzbarmachung als offenes Archiv ist voranzutreiben; insbesondere ist sicherzustellen, dass*
 - i. *die seit ihrer Einrichtung gesammelten Daten und Materialien nachhaltig aufbereitet werden, so dass diese weiterhin nachvollziehbar und recherchierbar sind,*
 - ii. *die von der Kommission erarbeiteten Ausstellungen und Publikationen als virtuelle Ausstellungen im Internet verfügbar gemacht werden können,*
 - iii. *die Archivierung der Aktenbestände der Verfassten Studierendenschaft nach den Vorgaben des Archivgesetzes und des Datenschutzes gewährleistet ist und die hierfür notwendigen Voraussetzungen getroffen werden; dies schließt die Entscheidung darüber ein, welche der von den Organen der Verfassten Studierendenschaft angebotenen Daten und Aktenvorgänge als Archivgut übernommen werden,*

Die Kommission nimmt die Belange des StudentInnenparlaments gegenüber der Universität in Bezug auf historische Fragestellungen oder Repräsentationskonzepte wahr und unterstützt entsprechende Initiativen, insbesondere aus der Studierendenschaft; die Zuständigkeiten des StuPa-Präsidiums und des RefRat bleiben hiervon unberührt. Das StuPa kann der Kommission Aufträge zur eigenständigen Bearbeitung erteilen; im Übrigen bestimmt sie ihre Tätigkeitsbereiche selbst. Insbesondere initiiert und unterstützt sie studentische Projekte zu Fragen der Geschichte der Studierendenschaft, den Repräsentationskonzepten der Universität oder anderen historischen Themen von studentischem Interesse.

5.2 Power of Science: Öffentlichkeitsarbeit

Paul (PoS): der Antrag sei bereits ein Jahr alt. Die AG Partizipation habe darüber diskutiert. Es gehe darum, dass Sachen, die hochschulpolitisch stattfinden, zusammengefasst und gesammelt werden, sodass Interessierte einen Überblick erhalten.

Kristin (SozialRef): Frage, inwieweit studentische Hilfskraft oder Stelle in Anlehnung an TV Stud gedacht ist, wie das arbeitsrechtlich gestaltet werden könne mit der Befristung, da 10h im Monat nicht zu lässig sei. Wer solle diese Stelle ausfüllen können? Für wen rentiere sich das und welche Studigruppe werde damit angesprochen?

Paul (PoS): erwidert, dass die Stellenbezeichnung so abzuändern sei, dass diese rechtens sei. Idee sei, eine neue Person zu finden, die Kapazitäten habe, und die Arbeit auch zu entlohnen.

Jule (Lili): Für die Pflege der Webseite gebe es schon Stellen, die diesen Aufgabenbereich erfüllen. Das Präsidium versuche dem auch nachzukommen, also eine Übersicht zu schaffen, wenn man sich die Webseite ansehe. Daher sei die Stellenbeschreibung redundant. Der Refrat mache Veranstaltungen und für die Bewerbung gebe es die Website und den Newsletter.

Paul (PoS): stimmt zu. Dennoch gehe es darum, dass es unterschiedliche Internetseiten für das Stupa und den Refrat und die FRIV und weitere gibt. ... Die Idee sei eine Zentralisierung und Zusammenfassung all dieser Seiten. Es geht darum einen leichteren Zugang zu Informationen zu schaffen. Protokolle könne man lesen, aber das mache keiner der neu interessiert sei. Die Masse an Informationen schrecke ab.

Joao (LuSt): stellt einen Änderungsantrag, der beinhaltet, alles weitere nach 2b zu streichen. Zur Begründung führt er an, dass die Stellenhülle so nicht ausgeschrieben werden könne. Es wird betont, dass es die Links bereits gebe, und wenn es um die Neuorganisation der Darstellung gehe, könne man sich mit dem Öffentlichkeitsarbeitsreferat zusammenschließen und den Onlineauftritt überarbeiten.

Jakob (LuSt): generell sei der Inhalt des Antrags eine gute Idee, es gehe darum, dass Interessierte Infos und Inhalte schneller finden. Allerdings sei die Ausschreibung arbeitsrechtlich so nicht tragbar, demnach gehe die Finanzierung auch nicht. Es gebe das Öffref und es sei eine gute Idee, den Antrag als Anmerkung zu interpretieren und mit dem Öffref zu interagieren. Bündelung sei gut. Es gebe nur leider keine schöne technische Umsetzung. Die mögliche Zusammenfassung verkenne die Wichtigkeit der einzelnen ausführlichen Informationen auf den jeweiligen Seiten.

Paul (PoS): versteht den Änderungsantrag als Motivation.

Krisitn (SozialRef): betont die gute bisherige Arbeit des Öffrefs am Beispiel der Anschauungsvideos.

David (RCDS): beide Parteien hätten recht. Es sei auf jeden Fall problematisch, da es einen Verantwortlichen schon gebe für die Aufgabe. Aber er habe auch angemahnt, dass der Kommunikationsfluss fließender werde und man am Ende hat nicht habe, was man sich wünsche. Wenn man das schaffen würde, was im Antrag stehe, wäre es gut investiertes Geld.

Mert (SDS): Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit sei ungenügend. Nämlich beispielhaft von der StuPa-Listen-Anzahl. Ausschreibung der Liste und Wahlankündigung hätte man verpassen können. Demokratie sei wichtig. Wichtig den Antrag anzunehmen und zur Kritik fähig zu sein.

Feline (qF): Es sei erstaunlich, wie wenig manche Parlamentarier*innen darüber wissen, wie die Struktur aufgebaut sei. Studentischer Wahlvorstand ist für die eben angesprochene Aufgabe (Wahlbekanntmachung) zuständig. Der RefRat sei damit beschäftigt, uninformierte Leute zum Googeln zu ermuntern. Aber wenn es um den HU-an-Studis-Verteiler gehe, sagtet ihr nichts.

Joao (LuSt): Es sei fragwürdig, Jusos antidemokratisch zu nennen. Die Anzahl der Listen gutes Beispiel. Weniger listen sei schlecht, aber gewisse wissenschaftspolitische Sprecher bzw. Wissenschaftsstaatssekretär sagen, das sei gut.

David (RCDS): zu den Beleidigungen werde er nichts sagen, das sei nicht sein Niveau. Es gebe Listen, die alle Anträge vom RefRat bestätigen. Je mehr Listen desto besser. Durch eine niedrige Anzahl an Listen wolle man Meinungen ausschließen. Das sei undemokratisch. Der Antrag sei Ergebnis von langer Arbeit der AG. Wenn man sich für Transparenz einsetze, dann sollte das zumindest in Erwägung gezogen werden.

Kristin (SozialRef) Respektvoll. Vorwürfe von David seien sehr persönlich. Antrag gehe gegen jegliches Arbeitsrecht. Verstehe nicht, warum Diskussion geführt werden müsse.

Mert (SDS) Das sei ein Autoritätsargument. Beim Bundestag träten auch viele Parteien an. Fordert dazu auf, die Normen zu nennen, gegen die verstoßen werde. Plädiert dafür, zur Abstimmung zu kommen.

David (RCDS): Es seien schwerwiegende Gründe, was in den Arbeitsgesetzen stehe, aber wir wollten Ergebnisse. Es gebe immer Wege. Der Antrag verdiene unsere Überlegungen. Die RefRat-Arbeit reiche nicht aus.

Paul (PoS) will auf relevante Beiträge eingehen. 2B formuliere guten Willen. Man könne die Einstellung einer Hilfskraft durch die Übergabe eines Geschengutscheins ersetzen. Die Motivation sei gewesen, die erbrachte Zeit zu belohnen. Wenn Referate überlegen, darauf einzugehen, werde er sich dabei einbringen. Frage ob es so gepflegt werden kann wie er sich das vorstellen kann. Die AG Partizipation habe 2018 und 2019 jeweils einmal getagt.

Mowa (Öffentlichkeitsreferat): erkenne einen Widerspruch, denn das Öffref arbeite daran Social-Media-Auftritte zu gestalten. Es habe verschiedene Gründe, wieso der Auftritt bisher nicht so gut

funktioniere. Es läge nicht daran, dass die Leute, die das bisher machen nicht kritikfähig seien.

Abstimmung über den 1. Änderungsantrag:
Viele /1/3

Abstimmung über den 2. Änderungsantrag:
16/14/5

Abstimmung über den Gesamtantrag:
viele/0/0

Damit in der so geänderten Fassung angenommen.

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt folgenden Auftrag:

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit soll die Internetseite www.refrat.de um eine weitere Rubrik (zum Beispiel: Berichte und Termine) in Analogie zu "Aktuelles" erweitern. Hier sollen regelmäßig (monatlich oder alternativ nach jeder StuPa-Sitzung) folgende Informationen aufbereitet, gesammelt und aktuell gehalten werden:

1. *Termine der*
 - a. *StuPa-Sitzungen inkl. Veranstaltungsorte*
 - b. *Neuwahlen von Referaten (sobald bekannt, alternativ voraussichtlicher Monat) mit Verweis auf die StuPa-Sitzung*
 - c. *FRIV inkl. Veranstaltungsorte*
 - d. *vom RefRat organisierte öffentliche Veranstaltungen (wie zum Beispiel AK Hopo) inkl. Veranstaltungsorte*
2. *Berichte:*
 - a. *Zusammenfassung der im StuPa präsentierten Berichte der Referate*
 - b. *Auflistung der finanzwirksamen Anträge der StuPa Sitzung inkl. Link zu den Protokollen*

5.3 HUI: Haushalt 2020

Bernd (Antragsteller) zu 1. 3. 4.: Die Tätigkeit sei bekannt und viele nutzten das. Die Chaosperiode sei vorbei in Bezug auf den Umzug. Wir pflegten und seien nachhaltig. Veranstaltungsreihe zur Bücherverbrennung. Kulturelle Medienprojekte. Punkt zwei: Neuanschaffungen. Es würden neue Server benötigt. Umsetzung fürs Hedwig Dom Haus. Offenes Forum für diverse Projekte.

Joao (LuSt): Frage zu fünftens stünde bei 5.6; es gehe um die Einrichtung der Bib. Ist das derselbe Raum?

Bernd: Gehe um Regale für den internen Betrieb. Der Große Raum; kleine Raum.

Joao (LuSt): also sei seine Annahme korrekt gewesen und es handele sich um denselben Raum.

Ungenügende Planung. Beantragung einer Kürzung um 600 Euro.

Änderungsantrag: Kürzung von 600 EUR.

Keine weitere Fragen.

Abstimmung über den Änderungsantrag:
17/1/14

Abstimmung über den Gesamtantrag:
Viele/0/6

Das Studierendenparlament beschließt folgenden Haushalt für das Jahr 2020 der HumboldtInitiative – dem offenen Forum für Ideen, Initiativen und Projekte:

1. *Offene Initiativen- und Projektförderung: € 1000*
 2. *Ersatz und Neubeschaffung von Technik und Einrichtung: € 3000*
 3. *Unterstützung der Arbeit des Kranichklubs, von Go-Spielabenden, Go-Unterricht und Turnieren: € 2000*
 4. *Veranstaltungsreihen "Lesezeichen 10. Mai", „Flurgalerie“ „Zum Stand der Dinge“, „Lokalsrunde“ u.a.: € 2000*
 5. *Umsetzung in das Hedwig Dohm Haus - Beschaffung von spezifischen Einrichtungsgegenständen und Einbauten- Ausstattung Inikeller, Hochschulpolitisches Archiv, Studio und Schnitt, Bibliotheksraum: €3000*
- Es wird beschlossen, dass die Mittel jeweils bis zu € 1000 gegenseitig deckungsfähig sind.*

5.4 HDH: Raumkonzept

Jakob (LuSt) stellt den Antrag vor mit Hilfe einer Präsentation und Zeichnungen. Baustelle verzögere sich. Dieses Jahr passiere es. Gibt es Fragen?

David (RCDS) Einrichtung: 30 Stühle und dann weitere Stühle... Welche Stühle wie wird es aussehen? Sind sie eingeschlossen?

Jakob (LuSt): Übersicht zeige die Klappstühle. Das ist aber nicht der Saal; dieser habe 199 Plätze.

Präsidium: Dort können StuPa-Sitzungen stattfinden, müssen aber nicht.

Abstimmung: viele/0/0.

Damit angenommen.

Das Studierendenparlament stimmt dem folgenden Raumkonzept zu. Mit der Umsetzung wird die IG HDH beauftragt.

1. *Öffentlich zugängliche / keiner einzelnen Initiative zugeordnete Räume:*
 - *Studentisches Begegnungszentrum „Ziege“: Gasträum*
 - *Helke-Sander-Raum: Veranstaltungsraum*
 - *Sitzungsraum im Erdgeschoss*
 - *Sitzungs- und Leseraum im Obergeschoss*
 - *Foyer Nord im Erdgeschoss: Durchgangsraum, für Ausstellungen nutzbar*
2. *Halböffentliche / zugangsbeschränkte Räume:*
 - *Elternorganisierte Betreuung (EOB): Aktivitätenraum und Büro*
 - *HUI: inklusive Werkstatträume im Untergeschoss*
 - *Lese- und Arbeitsraum im Obergeschoss*
 - *Bibliotheksraum im Obergeschoss*
 - *Archiv im nicht öffentlich begehbaren „Kriechkeller“*
3. *Nichtöffentliche / Initiativen-Räume:*

- Büro im Obergeschoss
- Haus- und Projektbüro im Erdgeschoss
- Archivraum im Obergeschoss
- Teeküche im Obergeschoss
- Studentisches Sozialberatungssystem (SSBS)

4. Beratungsräume, Wartebereich, Teeküche

5.5 HDH: Westflügel

Der Antragsteller stellt den Antrag vor.

Abstimmung: viele/0/1

Damit angenommen.

Das Studierendenparlament beschließt Ausgaben in Höhe von 16.000 Euro für Möbel, Inneneinrichtung, Computerarbeitsplätze und Gestaltung des Außenbereichs zur Einrichtung des Westflügels des HDH.

5.6 IG HDH: Haushalt 2020

Jakob (LuSt): Vorabbermerkungen: bald ist der Umzug hieß es, daher Kosten für den Umzug eingeplant; nochmal 5000 EUR wie letztes Jahr veranschlagt. Bisherige Arbeiten werden weitergeführt.

Joao (LuSt) unter Punkt 2.4. brauche es eine klarere Formulierung: statt „erarbeitet zusammen mit dem RefRat“, „unterstützt den RefRat bei der Erarbeitung eines Konzepts“.

Bernd (Antragsteller) unterstütze Formulierung und nimmt die Änderung an. Letzter Satz könne gestrichen werden.

Abstimmung:

Viele/2/1

- I. *Das StudentInnenparlament nimmt den Rechenschaftsbericht der IG HDH für das Jahr 2019 zustimmend zur Kenntnis.*
- II. *Es erneuert seine Aufträge an die IG HDH vom 20. Oktober 2010, 10. Juni 2011, 22. Oktober 2012, 18. April 2013, 17. Dezember 2014, 14. Dezember 2015, 18. Januar 2017, 12. November 2018 sowie vom 13.12.2018 und konkretisiert diese wie folgt.*
 1. *Die IG HDH begleitet das Baugeschehen in der Ziegelstraße 5–9 mit dem Ziel der konzeptionellen Realisierung des Hedwig-Dohm-Hauses als ein studentisches Selbstorganisations- und Wissenschaftshaus. Sie nimmt dabei im Auftrag des StuPa und in Abstimmung mit dem Referent_innenRat die Interessen der Studierendenschaft gegenüber der Universität, dem Studierendenwerk und den Bauträgern wahr.*
 2. *In diesem Sinne unterstützt die IG HDH den Referent_innenRat bei der Koordination der*

*Umsatzplanung der bislang in der Monbijoustr. 2b und andernorts untergebrachten studentischen Initiativen, Projekte und Beratungsangebote, soweit diese neue Räumlichkeiten benötigen. Sie erarbeitet mit den zukünftigen Nutzer*innen und sonstigen Anliegern des Hedwig-Dohm-Hauses ein Nutzungskonzept sowie eine Haussatzung, die der Zustimmung des RefRat bedarf und dem StuPa zur Beschlussfassung vorgelegt wird.*

- 3. Die IG HDH bemüht sich um die Akquise und Beschaffung von Drittmitteln für die Realisierung eines bedarfs- und nutzer*innenorientierten Ausbaus des Hedwig-Dohm-Hauses. Sie erarbeitet hierzu die erforderlichen Anträge und legt sie den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vor.*
- 4. Die IG HDH unterstützt den RefRat, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen und Gremien der Humboldt-Universität zu Berlin, den selbstorganisierten Elternkollektiven bei der Erarbeitung ein Konzeptes für eine inklusive Betreuung von Kindern außerhalb des regulären Kindergartenbetriebs, das neben Angeboten der Hilfe zur Selbsthilfe durch elternorganisierte Betreuung auch eine kontinuierliche und professionelle Sorgearbeit und Beratung durch beruflich qualifizierte und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Angestellte gewährleistet. Sie unterstützt das Referat Studieren mit Kind(ern) bei der Neueinrichtung des Kinderladens „Die Humbolde“ und der Umsetzung des erweiterten Betreuungskonzepts.*
- 5. Die IG HDH informiert das StuPa fortlaufend über ihre Tätigkeiten und sorgt durch eigene Öffentlichkeitsarbeit dafür, das Hedwig-Dohm-Haus und dessen Projekte in der Universität und in der Stadt bekannt zu machen sowie Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen für die Verwirklichung eines studentischen Selbstorganisations- und Wissenschaftshauses zu gewinnen.*

III. Zur Finanzierung ihrer Aufgaben wird der IG Hedwig-Dohm-Haus für das Jahr 2020 ein Haushalt in Höhe von 5.000,00 Euro zur Verfügung gestellt.

5.7 Juso-HSG: Europäische Solidaritätsbekundung mit Akademiker*innen und Student*innen in Indien

Bengt (Jusos) stellt den Antrag vor und hebt die Solidarisierung hervor. Des Weiteren gebe es aktuell Proteste im Iran und an der Uni Wien.

Mert (SDS): findet es absurd, sich ausgerechnet mit diesen Protesten zu solidarisieren, schließlich gäbe es auch Konzentrationslager in China. Wirft dem Antragsteller in einer Frage implizit vor, er gewähre nur Kommunist*innen Grundrechte.

Bengt (Jusos): antwortet, das hab er im Antrag nicht geschrieben.

Bafta (OLKS) Generell: Es würden des Öfteren Solidaritätsbekundung beschlossen, daher werden dadurch nicht irgendwelche Wertigkeiten zwischen verschiedenen Protesten aufgemacht. Sehr pikant mit dem Vorwurf von Mert.

Joao (LuSt): Das Konzept konfessionsgebundener Universitäten sei nicht kommunistisch. Wenn man eine andere Solierklärung machen wolle, könne man die Anträge stellen. Aber hier gehe es um die Geschehnisse in Indien.

Abstimmung:

Viele/0/0

Der Antrag ist damit angenommen.

(de)

*Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin zeigt sich mit all den Studierenden, Akademiker*innen und Menschen in Indien und Kashmir solidarisch, die gegen den Citizenship Amendment Act von 2019 (CAA) protestieren. Der CAA wurde vor kurzem vom indischen Staat verabschiedet und ermöglicht die Staatsbürger*innenschaft für Geflüchtete mit bestimmter Religionszugehörigkeit, während er Muslim*innen ausschließt.¹ Darüber hinaus schließt der CAA, in Zusammenarbeit mit dem National Population Register (NPR) und dem National Register of Citizens (NRC), marginalisierte Personen von der Staatsbürger*innenschaft aus, die hierfür keinen dokumentarischen Beweis erbringen können. Dabei gewährt dieser neue gesetzliche Rahmen denjenigen eine automatische Staatsbürger*innenschaft, die zu den hinduistischen, buddhistischen, christlichen, Jainismus, Parsismus und Sikh Glaubensgemeinschaften gehören, während es die Ausweitung der Staatsbürger*innenschaft auf Muslim*innen, die bereits in Indien leben, verhindert.² Vor dem Hintergrund, dass Indien eine der größten muslimischen Bevölkerungen der Welt hat, stellt dies einen relevanten Ausschluss der muslimischen Gemeinschaft dar. Es gibt eine breite Übereinkunft darüber, dass der CAA eine Verletzung der Artikel 14, 15 und 21 der Verfassung darstellen, die die Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit verbieten.³ Angesichts der wachsenden rassistischen Politiken auf der ganzen Welt ist dieser neue gesetzliche Rahmen, neben der durch den indischen Staat ausgeübten Gewalt gegen die Demonstrierenden, besonders besorgniserregend.*

Der indische Staat hat brutale Gewalt angewendet, um die friedlichen Demonstrierenden zu unterdrücken. Universitäten wurden dabei zu einer besonderen Zielscheibe. Im Dezember 2019 wurden sowohl Studierende der Jamia Millia Islamia University⁴ als auch Studierende der Aligarh Muslim University (AMU), die gegen den CAA, das NRC und das NPR protestierten, Opfer und Zeugen massiver Polizeiwalt.⁵ In der Nacht des 5. Januars 2020 haben rechtsextreme Gruppen mit Verbindungen zur derzeitigen indischen Regierung den Campus der Jawaharlal Nehru University in New Delhi mutwillig beschädigt sowie Studierende und Lehrende der Universität verletzt.

¹ <http://citizenmatters.in/faq-on-citizenship-amendment-act-and-nrc-connection-14928>

² <https://qz.com/india/1769059/why-are-indians-protesting-citizenship-amendment-act-nrc/>

³ <https://verfassungsblog.de/citizenship-by-religion/>

⁴ <https://thewire.in/government/jamia-millia-islamia-caa-protest-police-firing>

⁵ <https://www.hindustantimes.com/india-news/after-jamia-university-police-fire-tear-gas-shells-at-anti-citizenship-law-protesters-outside-up-s-aligarh-muslim-university/story-VDf5Ml5ehUnBVoCYlo08cI.html>

Die Polizei unternahm kaum etwas, um die angegriffenen Studierenden zu schützen. Zusätzlich fehlte es an einer sofortigen und angemessenen medizinischen Versorgung der verletzten Studierenden.⁶ Trotz Beweisen über die Mitwirkung von rechtsextremen Studierendengruppen mit Verbindungen zur Regierungspartei BJP in dem Angriff auf die JNU kam es bisher zu keiner Verhaftung.⁷ Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Polizei und die BJP-Regierung Gewalt durch rechtsextreme Studierendengruppen gegen friedlich demonstrierende Studierende orchestriert.⁸ Aufgrund von staatlich finanzierter Gewalt haben in ganz Indien mindestens 31 Menschen ihr Leben verloren, die gegen den CAA, das NRC und NPR demonstriert haben.⁹ Darüber hinaus führen Berichte Beweise dafür an, dass Gefangene in Gewahrsam gefoltert und geschlagen werden.¹⁰ Weiterhin gab es Internetblockaden sowie Betriebsausfälle der Kommunikationssysteme durch die Bundes- und Landesregierungen, um die Stimme derjenigen verstummen zu lassen, die gegen das Gesetz protestieren.¹¹ Gleichzeitig dauern die Proteste, mit dem vielleicht größten Arbeitsstreik der Geschichte vom 8. Januar 2020, gegen die spalterischen Politiken des indischen Staates an.¹²

Parallel dazu haben die Außerkraftsetzung von Art. 370 der indischen Verfassung sowie die damit einhergehende Einführung des Jammu und Kashmir Reorganization Act im letzten Jahr dazu geführt, dass die dortigen Zustände der Notstandsgesetzgebung und der Regierung durch das Militär als Blaupause für andere Regionen des Landes verwendet werden. Kashmir bleibt dabei umkämpft und das Volk abgeschnitten vom Rest der Welt durch die Abschaltung des Internets und anderer Kommunikationsmedien durch den indischen Staat. Besonders hart trifft dies auch Studierende, Wissenschaftler*innen und Universitäten in Kashmir. Deshalb ist es aktuell so wichtig, sich auch mit der Kashmirfrage zu beschäftigen und sich gegen die jahrzehntelange Unterdrückung des dortigen Volkes auszusprechen.

An Bildungseinrichtungen sind die freie Meinungsäußerung und die freie Debatte von grundlegender Bedeutung. In einer Demokratie muss es den Bürger*innen erlaubt sein, ihre Meinung frei zu äußern und die Regierung zu kritisieren, ohne Angst haben zu müssen, dass ihnen diese Rechte entzogen werden oder dass sie Opfer von Gewalt werden.

In diesem Zusammenhang verurteilen wir auf das Schärfste: die Gewalt an den indischen Universitäten; die Gewaltanwendung der Polizei, die sich ganz konkret gegen Muslim*innen richtet; die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch den indischen Staat; sowie die Stimmungsmache der Angst und Ausgrenzung gegen Muslim*innen und alle anderen, die für ihre Rechte kämpfen.

⁶ <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-51000915>

⁷ <https://www.nytimes.com/2020/01/10/world/asia/india-jawaharlal-nehru-university-attack.html>

⁸ <https://www.livemint.com/opinion/columns/opinion-the-jamia-violence-and-its-fallout-on-campus-culture-11577124682745.html>

⁹ https://www.huffingtonpost.in/entry/up-cao-protest-police-uttar-pradesh_in_5e15934ec5b66361cb5cd3ec

¹⁰ https://www.huffingtonpost.in/entry/cao-uttar-pradesh-police-tortured-children_in_5e0207b5e4b05b08-babab722

¹¹ Liste aller Länder und Städte, in denen das Internet blockiert wurde -

<https://www.medianama.com/2020/01/223-indian-govt-internet-shutdowns-citizenship-protests/>

¹² <https://www.mintpressnews.com/largest-strike-world-history-millions-india-protest/263999/>

(en)

The Student Parliament of Humboldt University, Berlin stands with all the university students, academics, and people in India and Kashmir protesting the Citizenship Amendment Act, 2019 (CAA) recently passed by the Indian State, which enables Indian citizenship for refugees of certain religions while excluding Muslims. Additionally, in conjunction with the National Population Register (NPR) and National Register of Citizens (NRC), the CAA will enable citizenship exclusion of marginalised people who are unable to provide documentary evidence for the same. The new legal framework, however, will allow for automatic grant of citizenship to those who belong to Hindu, Sikh, Buddhist, Jain, Parsi, and Christian communities, while preventing the extension of citizenship to Muslims already residing in India. This is a significant exclusion considering India has one of the largest Muslim populations in the world. Together with NRC and NPR, the CAA is widely agreed to be in violation of Articles 14, 15, and 21 of the Indian Constitution, which prohibit discrimination on the basis of religion. This new legal framework along with the violence unleashed by the Indian State on those protesting it, is of particular concern in light of rising racist policies across the world.

The Indian State has used brute force to suppress peaceful protestors. Universities have been a particular target. In December 2019, Jamia Milia Islamia University and Aligarh Muslim University (AMU) both witnessed vicious police violence against students peacefully protesting the CAA, NRC, and NPR. On the night of 5th January 2020, far-right political groups with ties to the current Indian government, vandalised the campus and severely injured students and teachers at Jawaharlal Nehru University, New Delhi. The police did little to protect the attacked students, who suffered from lack of immediate and proper medical attention for their injuries. Despite evidence of involvement of a right-wing student faction with ties to the BJP in the JNU attack, no arrest has been made, leading to growing confirmation that the police and the BJP government is far-right factions orchestrating violence against peaceful student protestors. Across India, at least 31 people have lost their lives protesting the CAA, NPR, and NRC due to state-sponsored violence. Moreover, reports show evidence of detainees being tortured and beaten in custody. In addition, the country has seen internet blockages and communication breakdowns by the Central and state government to stifle the voices of those protesting the law. At the same time, protests against the divisive policies of the Indian State continue, with India being witness to perhaps the largest labour strike in history on January 8, 2020.

In parallel, the implementation of an outright dictatorship in Jammu and Kashmir through the abolition of Article 370 of the Indian Constitution and the introduction of the Jammu and Kashmir Reorganization Act 2019, is seen to have become a blueprint for emergency laws and military rule in other parts of the country. Kashmir continues to remain under siege, its people continue to remain disconnected from the rest of the world through the blockage of internet and telecommunication lines. This affects all students, academics, and university life in Kashmir. It is now of utmost importance to engage with the question of Kashmir and speak against the decades of oppression that its people have faced.

Educational institutions are meant to be places of free speech, thought and debate. In a democracy, citizens must be allowed to express their opinions and criticise the

government freely, without fear of violence and their right to free speech being taken away. In this context we unequivocally denounce the campus violence, use of force by police against the protestors that especially targets Muslims, the suppression of free speech by the State, and the atmosphere of fear and alienation built up by against the Muslim community and all those fighting for their rights.

6 Sonstiges

Abschlussrede Olaf (LuSt).

David (RCDS): Wir schauen was beim Wahlkampf passiert.

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Für die Richtigkeit: Das Präsidium.

Darstellung der Ergebnisse: Ja / Nein / Enthaltungen (/ Ungültige)

Protokoll der Diskussionen teilweise gekürzt.

IM FINREF IST NOCH LICHT

Wenn du die Augen schließt, und jedes Glied
und jede Faser deines Leibes ruht –
dein Herz bleibt wach; dein Herz wird niemals müd;
und auch im tiefsten Schläfe rauscht dein Blut.

Ich schau' aus meinem Fenster in der Nacht;
zum nahen RefRat wend ich mein Gesicht.
Die Stadt hat alle Augen zugemacht.
Und nur im FinRef drüben ist noch Licht.

Und wieder schau' ich weit nach Mitternacht
zum RefRat hin. Es schläft die ganze Welt.
Und Licht um Licht wird drüben ausgemacht.
Ein einz'ges Fenster nur ist noch erhellt.

Spät leg' ich meine Feder aus der Hand,
als schon die Dämmerung aus den Wolken bricht.
Ich schau' zum RefRat. Ruhig schläft das Land.
Sein Herz blieb wach. Im FinRef ist noch Licht.